# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.

Druck und Verlag von J. Nuhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

## Anzeiger

für Hohenstein-Ernstthal mit Hüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Callnberg, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Tal-berg, Grumbach, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleißa und Rußdorf

Nr. 274 — Freitag, 25. November 1921 — 71. Jahrg.


## Auf dem Wege zum Ende.

In der Wilhelmstraße in Berlin stellt man zurzeit trübselige Betrachtungen über den Gang der Dinge an. Der Reichskanzler Dr. Wirth hat sich die Entwicklung anders gedacht, als er seinerzeit das „Kabinett der Erfüllung" zum ersten und zweiten Male schuf und die Leitung übernahm. Alles, was er von einer sogenannten „Gesundung" erhoffte, bricht stückweise zusammen und augenblicklich tobt unter dem Einfluß der ständig zunehmenden Teuerung der Kampf aller gegen alle vor den Toren Berlins und innerhalb seiner Mauern. Der Reichstag ist nicht versammelt, wenn es der Fall wäre, dann würden die schamlosen Szenen, die sich jetzt Tag für Tag und Nacht für Nacht im Preußischen Abgeordnetenhause abspielen, auch am Königsplatz Heimatstätte finden. Die Machtprobe der Kommunisten soll nach einem gefaßten Beschluß womöglich noch vor Weihnachten das erhoffte Ergebnis zeitigen, das man darin erblickt, daß dieser Regierung das Genick gebrochen, die Herrschaft des Proletariats aufgerichtet und die rote Räteregierung zu neuem Leben erweckt wird. Sie arbeiten in dieser Hinsicht durchaus systematisch und erstürmen eine Bastion nach der andern, während sich die Behörden nur auf die Abwehr beschränken, ohne daran zu denken, ihrerseits einen Vorstoß zu unternehmen.

Im Preußischen Landtage war man an der Arbeit, eine neue Geschäftsordnung einzuführen. Nachdem dem Vizepräsidenten die Glocke entrissen und durch Obstruktion die Fortsetzung der Sitzung unmöglich gemacht worden ist, will man dem Präsidium umfassendere Vollmachten in die Hand zu geben, besonders die Möglichkeit, renitente Abgeordnete von der Sitzung auszuschließen. Die Kommunisten wußten, daß sich die Neuordnung der Dinge direkt gegen ihr Betragen richtet und versuchten diese Geschäftsordnung unter allen Umständen zu sabotieren. Mittwoch nacht erreichte der Tumult seinen Höhepunkt. Mit Stinkbomben und Pfeifen und ausgestreutem Niespulver beglückte man die Abgeordneten. Und Herr Iwan Katz, der sich zum unumschränkten Führer der Kommunisten aufgeschwungen, war zu einer direkten Landplage geworden. Es war immerhin erhebend, Rosi Wolfstein die Trillerpfeife handhaben zu sehen, ein Anblick, den man bislang in unserem parlamentarischen Leben noch nicht genießen konnte. Aber das alles waren nur Begleiterscheinungen, wenn auch sehr bedauerlich, die den Kern der Dinge noch nicht treffen. Er liegt viel tiefer. Herr Katz, der den Präsidenten brüderlich mit „Schuft" anruft, hat kein Blatt vor den Mund genommen und gesagt: „Wir werden die Straße in den Saal hineinbringen, und unsere Schuld ist es dann nicht, wenn Blut fließt!" Was sagt die Regierung zu derartigen Aeußerungen, die unter dem Schutz der Immunität getan werden und nichts anderes bedeuten, als daß durch Vergewaltigung des Parlaments die Verfassung zertrümmert und dem Pöbel ausgeliefert werden soll. Was Herr Katz im Abgeordnetenhause verkündete, bedeutete auch für Herrn Remmle im Reichstage oberster Grundsatz.

Trotz allem kommunistischen Geschrei und Gepfeife wurde in der sechsten Morgenstunde — also nach einer 13½stündigen ununterbrochenen Sitzung — die neue Geschäftsordnung des Preußischen Landtages doch angenommen. Sie soll bereits ab 1. Dezember gehandhabt werden. Wie werden sich die Herren um Katz nun zu ihr stellen?

Ein zweites Ereignis: Am Mittwoch abend sind in Berlin bekanntlich in den Sophiensälen die Betriebsräte Berlins zusammengekommen, um eine überaus wichtige Entschließung zu fassen. Die Veranstalter waren die Unabhängigen und Kommunisten. Aber merkwürdigerweise hatten sich auch mehrheitssozialistische Betriebsräte angeschlossen, was immerhin als ein Zeichen angesehen werden kann, daß die maßlose Hetze zu wirken anfängt und immer weitere Kreise in ihren Massen zieht. Gewiß, mit Maulheldentum und Entschließungen allein ist es nicht getan. Man unterschätze aber nicht den Wert dieser „Resolution", die die Wiedereinführung der Räteregierung in ihrem Schoße birgt; denn bei einer Reichsregierung, deren Leiter selbst erklärte, daß er sich bei einem Kampf zwischen Proletariat und Bürgertum auf die Seite des ersteren stellen werde, darf man nicht erwarten, daß der Ueberschwemmung Berlins mit Radikalismus ein Deich entgegengebaut werde. Auch in den städtischen Werken rumort es bedenklich. Der Magistrat hat teilweise die überaus hohen Gehaltsforderungen der städtischen Angestellten bewilligt, teils aber auch ablehnen müssen, weil Berlin einfach nicht mehr zahlen kann! Die Stimmung unter den städtischen Angestellten ist geteilt.

Noch gibt es Leute, die besonnen genug sind, einen neuen Streik für ein Verbrechen zu erklären. Wächst sich aber die kommunistische Propaganda weiter widerstandslos aus, dann kann doch der Fall eintreten, daß die Streiklust in den städtischen Werken zunimmt und wir eines Tages auch hier eine Katastrophe erleben, die vielleicht näher ist, als wir es ahnen. So beabsichtigen die Elektrizitätsarbeiter vielleicht schon heute in den Ausstand zu treten. Die Direktion der Werke hofft zwar noch, den Streik vermeiden zu können, weil die Verhandlungen weiterlaufen, aber die Aussichten sind nicht erfreulich.

## Die britische Industrie gegen den Wiedergutmachungsplan.

In einer Denkschrift des Sonderausschusses des Bundes der britischen Industrien heißt es über die Behandlung der Frage der deutschen Wiedergutmachungen, daß der Wiedergutmachungsplan in seiner gegenwärtigen Gestalt undurchführbar sei, und daß jeder Versuch, ihn mit Gewalt durchzuführen, zum Zusammenbruch Deutschlands führen müsse. Auf die jetzige Weise werde es schwierig sein, irgendeine Entschädigung von Deutschland zu erlangen.

In der Denkschrift heißt es weiter: Wir sind der Ansicht, daß die Eintreibung der Wiedergutmachungen die Industrie Großbritanniens ernstlich erschüttern würde, sofern nicht besondere Maßnahmen getroffen werden, um die Form der Zahlungen zu regeln. Wir stimmen vollkommen darin überein, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Fähigkeit zahlen soll, wir sind jedoch der Ansicht, daß, um unserer Industrie den geringstmöglichen Schaden zuzufügen, die alliierten Regierungen neue Vereinbarungen suchen sollten, die Bedingungen in verschiedenen Richtungen abzuändern, und, wenn möglich, sogar bereit sein sollten, unter Berücksichtigung der Annahme dieser Abänderungen durch Deutschland die Lasten zu erleichtern, die Deutschland auferlegt wurden. Im gegenwärtigen Augenblick wird die gesamte wirtschaftliche Zukunft der Welt überschattet von der riesigen Last der Schulden, die während des Krieges und der Nachkriegszeit zwischen den großen Mächten eingegangen wurden, und es ist unmöglich, zu erwarten, daß der internationale Handel in die Bahnen wie vor dem Kriege zurückkehren wird, ohne daß neue Beziehungen auf einer dauernden Grundlage erreicht werden können. Die Schulden der Welt können nur in Waren und Arbeitsleistung abgelöst werden. Die Bezahlung der Entschädigung durch Deutschland könne nur verwirklicht werden durch Schaffung eines Ueberschusses der deutschen Ausfuhr über das, was erforderlich sei, um die Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und anderen Bedürfnissen nach Deutschland zu bezahlen. Dies setze seitens der Welt die Bereitschaft voraus, Waren und Arbeitsleistungen anzunehmen, die Deutschland am leichtesten bieten könne. Das rasche Anwachsen der Tarifschranken während der letzten zwei Jahre zeige jedoch, daß verschiedene Länder der Welt in zahlreichen Fällen sich weigern, Waren anzunehmen, die die Nachbarn zu liefern wünschen. Die Denkschrift legt im einzelnen die wirtschaftliche Gefahr des augenblicklichen Wiedergutmachungsabkommens auseinander. Die Wiedergutmachungszahlungen müßten dadurch, daß sie in den Finanzen der ganzen Welt Verwirrung anrichten, zu einer fast dauernden Entwertung der Mark auf unbegrenzte Zeit und somit bei den Wiedergutmachungszahlungen Deutschlands zu der Ausfuhr unsinniger Mengen von Fertigwaren führen. Dadurch werde dem industriellen Leben anderer Länder großer Schaden zugefügt.

## Ein Auflösungsdekret für „Oberland" und ähnliche Verbände.

Die Reichsregierung hat nachstehende Bekanntmachung erlassen:

Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177 178 des Versailler Vertrages vom 22. März 1921 werden in Verfolg des Ultimatums der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 die Organisationen Roßbach, Hubertus, Aulock, Heydebreck und Oberland für aufgelöst erklärt. Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit Festung bis zu 3 Monaten oder mit Gefängnis bis zur gleichen Dauer bestraft.

Berlin, 24. November 1921.

Die Reichsregierung
gez. Köster.

Dazu meldet WTB.: Die Auflösung war von der interalliierten Militär-Kontroll-Kommission auf Grund des Ultimatums vom 5. Mai d. J. wiederholt und insbesondere durch Noten vom 9. und 28. September und vom 12. November 1921 nachdrücklichst verlangt worden. Die Reichsregierung mußte der Forderung entsprechen, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß diese Verbände nach ihrer Tätigkeit unter das Gesetz vom 22. März in Verbindung mit dem Ultimatum fallen. Die Erhebungen, insbesondere die Berichte der letzten Wochen haben diesen Nachweis erbracht. Es steht nunmehr insbesondere fest, daß die Verbände, wenn sie auch zum Teil gleichzeitig wirtschaftliche Zwecke verfolgen, militärisch gegliedert sind und daß ihre Befehlsgewalt nach Art militärischer Vorschriften geregelt ist. Die Verbände erstrecken sich sowohl allein, wie in Verbindung miteinander über große Teile des Reiches. Die Reichsregierung war auf Grund des von ihr angenommenen Ultimatums verpflichtet, die Auflösung der Verbände auszusprechen. Die Auflösung trifft auch alle an Stelle der aufgelösten Organisationen etwa gebildeten Verbände, die sich als deren Fortsetzung darstellen. Soweit einwandfreie wirtschaftliche Tendenzen der Arbeitsgemeinschaften durch die Auflösung betroffen werden, hat die Reichsregierung besondere Maßnahmen eingeleitet, die aber an der vollständigen Auflösung der obengenannten Verbände nichts ändern.

## Stresemann und Hergt für eine „nationale Abwehrfront".

Der Sammelruf zur Volksgemeinschaft wird immer häufiger vernehmbar, die ungeheure Not des deutschen Volkes drängt allen Einsichtigen den Gedanken einer nationalen Abwehr und Wiederaufbaufront auf. Jedoch über die Gestaltung jener großen Parteikoalition gehen die Anschauungen auseinander. Das beweisen recht deutlich die Reden der Abgeordneten Stresemann von der Deutschen Volkspartei und die des Deutschnationalen Hergt, die beide in Süddeutschland gehalten wurden.

### Dr. Stresemann

führte in Offenburg u. a. aus: Wir stehen auf dem Gebiet der Außen- und Innenpolitik vor ungeheuer schweren Entscheidungen. Die uns auferlegten Bestimmungen auf dem Gebiete der Kriegsentschädigungen müssen abgeändert werden. Jetzt muß dem Feindeswillen eine deutsche Einheitsfront entgegengestellt werden. Nur wenn Deutschland in der Lage ist, einen Teil seiner Entschädigungen zu zahlen, wird sich Frankreich vor dem Zusammenbruch retten. In diese Verhältnisse platzt nun das Kreditangebot der Industrie hinein und zu dieser Situation kommt noch die Reise von Stinnes nach London und die Entstaatlichung der Eisenbahnen. Eine große Hoffnung für Deutschland ist der Wiederaufbau Rußlands. Darüber hat Stinnes auch mit Krassin gesprochen. Zur Entstaatlichung der Eisenbahnen, die von dem Verband der Industriellen verlangt wird, hat die Deutsche Volkspartei noch nicht Stellung genommen. An die Spitze der Eisenbahnen gehört kein Parteimann, sondern ein fachmännisch gebildeter Generaldirektor. „In Bezug auf die Erfüllung stehe ich auf dem Standpunkte, daß es nicht angängig ist, jetzt zu sagen, daß wir nicht zahlen können. Das Kreditangebot der Industrie wird uns etwa 500 Millionen Goldmark bringen. Ich halte es für ganz verfehlt, daß die Frage der Goldwerte in diese Situation hineingebracht wird." Zum Schlusse trat der Redner nochmals für eine deutsche Einheitsfront ein und verteidigte die Tatsache, daß die Volkspartei in die preußische Regierung eingetreten ist.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen

### Hergt

sprach zu gleicher Stunde in Offenbach. Er erklärte die Reichsregierung für mitschuldig an Schicksale Oberschlesiens, und zwar durch ihre Planlosigkeit, ihre Inaktivität, durch ihr Versäumen, eine große nationale Abwehrfront geschaffen zu haben. Bei der Kritisierung der Koalitionspolitik im Reiche und in Preußen bedauerte Hergt, daß die Deutsche Volkspartei ihre Hand zu diesem Wechselbalg der sogenannten „großen Koalition" gegeben habe und wies auch die Anschuldigung unfruchtbarer Opposition zurück. Die Politik der Zukunft müsse die Koalition der großen Rechten sein, die alle Nationalgesinnten bis zu den Mehrheitssozialisten umfassen solle. Die Forderungen der Industrie seien durchaus angebracht. Leider habe die Industrie verfehlt, über ihre Vorschläge genügende Aufklärung ins Volk zu tragen.

## Der Erzberger-Mord.

Nach Mitteilung des Polizeipräsidiums nahm dieses vorgestern 7 Personen, meist frühere Offiziere und ehemalige Angehörige der 2. Sturmbrigade Ehrhardt, wegen Verdachts der Geheimbündelei bezw. Begünstigung der Mörder Erzbergers fest. Der in Berlin weilende badische Untersuchungsrichter hielt nur die Verhaftung eines der Festgenommenen aufrecht.

Hoffentlich wendet der sozialistische Berliner Polizeipräsident die gleiche Energie, die er hier gegen Angehörige der Rechtsparteien entfaltet hat, auch gegen die Elemente an, die in Berlin und seinen Vororten durch Plünderungen und mutwilligen Zerstörung fremden Eigentums anarchistische Zustände herbeiführen.

## Deutschland kann zahlen!

Das „Journal" meldet über die Rede des Finanzministers Doumer im Finanzausschuß des französischen Senats, daß Doumer unter anderem sagte, er zweifle nicht, daß Deutschland alle Verpflichtungen des Versailler Vertrages erfüllen könne, daß weder ein Moratorium noch sonstige Wirtschaftshilfen für Deutschland notwendig seien. Voraussichtlich würde die Garantiekommission nach Zahlung der deutschen Januarrate dauernd nach Berlin verlegt werden.

## Abermalige Erhöhung der Post- und Eisenbahntarife.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, stehe das Reichsfinanzministerium auf dem Standpunkt, daß die Tarife der Post und Eisenbahn nur erhöht werden müssen, und zwar noch über den jetzt bereits geplanten Umfang (Erhöhungen der Eisenbahn zum 1. Februar 1922 und der Post um das Fünfzehnfache der Friedenssätze) hinaus, weil die Wiedergutmachungskommission derartige Verlangen gestellt hätte und ein weiteres Anziehen der Tarifschrauben wünscht, weil sie die Tarife noch für zu niedrig hält. Die Regierung erklärt, die Tarife auf das Zwanzigfache des Friedenspreises erhöhen zu müssen.

## Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Zu den polnisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen wird gemeldet, daß die deutsche Delegation angewiesen ist, mit allen Mitteln einen baldigen Abschluß der Verhandlungen anzustreben, um in Oberschlesien wieder endgültige Verhältnisse zu schaffen.

In seinen letzten Besprechungen mit oberschlesischen Abgeordneten berührte der Reichskanzler Wirth auch die Frage der Autonomie des bei Deutschland verbleibenden Teiles von Oberschlesien. Der Reichskanzler bekannte sich persönlich als Freund der Autonomie, wenn auch die ursprünglichen Voraussetzungen nicht ganz mehr gegeben seien. Auch die Autonomiefrage würde in engem Verhältnis zu dem Ausgang der Wirtschaftsverhandlungen stehen, deren Abschluß vor der parlamentarischen Erledigung der Autonomiefrage erfolgen müsse. Beschlüsse des Reichskabinetts über die Autonomiefrage sind bisher nicht gefaßt.

Mit der Ernennung weiterer Sachverständiger für die Verhandlungen mit Polen ist zu rechnen, wenn die Verhandlungen dies erforderlich machen sollten.

## Den deutschen Bevollmächtigten künftighin die Einreise nach Oberschlesien erlaubt.

Wie das „W. T. B." mitteilt, hat die Interalliierte Kommission in Oppeln dem deutschen Bevollmächtigten mitgeteilt, daß sie in Zukunft die Einreiseerlaubnis für bevollmächtigte Vertreter der deutschen Regierung nicht mehr versagen werde, die zum Zwecke der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Oberschlesien Erkundigungen einziehen wollen. Die J. A. K. macht geltend, daß die früheren Bedenken jetzt, nachdem die Genfer Verhandlungen begonnen hätten, nicht mehr beständen.

## Bayerns Wucherbekämpfung.

Der Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages nahm im Laufe der Debatte folgenden Antrag an: Die Regierung ist aufzufordern, im Freistaat Bayern und bei den Reichsbehörden auf möglichste Verschärfung der Bekämpfung und Bestrafung des Wucher- und Schieberwesens, besonders bei Verschiebungen in das Ausland, hinzuwirken, insbesondere die Staatsanwaltschaften erneut anzuweisen, die zulässigen Höchststrafen mit Nachdruck zu beantragen. Die Reichsregierung soll mit Nachdruck ersucht werden, eine Aenderung der Strafgesetzgebung anzubahnen, welche im